

## **Wirtschaftsstatement von Oliver Coenenberg**

Geschäftsführer Personal & Organisation sowie  
Arbeitsdirektor Sanofi-Aventis Deutschland GmbH,  
Vorstandsvorsitzender Arbeitgeberverband HessenChemie

## **Frühjahrspressegespräch der Chemieverbände Hessen**

am 25. April 2023

bei DECHEMA e.V., Theodor-Heuss-Allee 25, 60486 Frankfurt

**(Es gilt das gesprochene Wort.)**

**Sperrfrist: 25. April 2023 – 12:00 Uhr**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie im Namen von HessenChemie und dem VCI Hessen zu unserem heutigen **Pressegespräch der Chemie** begrüßen. Wir freuen uns, dass wir heute erstmals zu Gast bei der DECHEMA sind.

Zunächst möchten wir anhand einer **Konjunkturmfrage unter unseren Mitgliedern** sowie der **Daten der amtlichen Statistik** eine Bilanz zur wirtschaftlichen Situation der hessischen **Chemie- und Pharmaindustrie** für das Jahr 2022 ziehen und Ihnen dann einen Ausblick für das **aktuelle Jahr** geben.

Anschließend wird Herr Meyer den thematischen Fokus auf die **Fachkräftesicherung** richten und Ihnen auch hier Ergebnisse aus **aktuellen Verbandsumfragen** vorstellen, die der Arbeitgeberverband im Frühjahr 2023 durchgeführt hat.

## **Ein Jahr großer Herausforderungen**

Das Jahr 2022 hat die deutsche Industrie vor **besonders große Herausforderungen** gestellt. Der **Ausbruch des Ukraine-kriegs**, die sich anschließende **Energiekrise und die grassierende Inflation** – all das hat unser wirtschaftliches Umfeld im vergangenen Jahr schwer belastet.

Dies spiegelt sich auch in der hessischen **Chemie- und Pharmakonjunktur** wider.

Nach einem noch **guten Start im Januar 2022** wurden die Unternehmen bereits im Frühjahr durch **drastische Kostensprünge** bei Energie und Rohstoffen, gepaart mit Lieferengpässen bei Vorprodukten, massiv belastet.

Einige Unternehmen der chemischen Industrie mussten in der Folge ihre Produktion drosseln. Die **Marktpreise** für chemische Erzeugnisse stiegen deutlich an, was auch zu einem Einbruch der Nachfrage führte. Der am Jahresende zu verzeichnende Umsatzzuwachs ist somit auf die Preissteigerungen zurückzuführen und generiert sich nicht aus echtem Wachstum!

Real musste die **Chemiesparte** vielmehr einen **dramatischen Rückgang der Produktion** verkraften, während die hessische Pharmaindustrie noch einigermaßen stabil durch das Jahr 2022 kam.

Bezogen auf die gesamte Branche verzeichneten wir insgesamt einen **Produktionsrückgang um 5,2 Prozent**. Dies ist keine gesunde Entwicklung! Denn anders als nach der Finanz- und der Corona-Krise können wir dieses Mal vermutlich auch nicht mit einer schnellen Erholung rechnen.

Der **Gesamtumsatz** für das zurückliegende Jahr stieg auf **34,5 Milliarden Euro (plus 8,4 Prozent)** an. Die Beschäftigung konnte mit 61.000 Beschäftigten weitgehend stabil gehalten werden (**minus 0,6 Prozent**).

Doch schauen wir uns nun die konkreten Zahlen für die klassische Chemie und die Pharmaindustrie getrennt voneinander an.

### **Klassische Chemie 2022: Hohe Preise treiben Umsätze**

Wie bereits angesprochen, war die energieintensive klassische Chemie besonders von den historisch hohen Energie- und Rohstoffkosten betroffen.

Der hohe Kostendruck führte teilweise zur Drosselung der Produktion und zur Anhebung der **Verkaufspreise** für Chemie-Erzeugnisse (**plus 24,7 Prozent**). Auf die Marktnachfrage wirkte sich dies im weiteren Verlauf negativ aus: Die **Auftragseingänge** sind um **15,3 Prozent** eingebrochen. Die **Produktion** ging in der Folge um **12,3 Prozent** zurück.

Betrachtet man das Jahr im Rückblick, so ist die Wirtschaftsentwicklung immer weiter unter Druck geraten.

Lag das Umsatzplus am Jahresanfang noch bei 25 Prozent, so schrumpfte es schließlich auf **8,8 Prozent** im Gesamtergebnis des Jahres zusammen. Im **Dezember** lag die Produktion in den klassischen Chemiesparten auf ihrem **niedrigsten Wert seit 13 Jahren** und war damit so gering wie zu Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009!

Der Umsatz stieg auf **19 Milliarden Euro** an, die Schere zwischen nominaler und realer Wirtschaftsentwicklung war aber selten so weit geöffnet wie im zurückliegenden Jahr.

### **Pharmaindustrie weniger stark betroffen**

Die aufgrund ihrer Struktur weniger konjunkturabhängige Pharmaindustrie wurde von den aktuellen Krisen weniger stark getroffen als die klassische Chemie.

Allerdings kämpfen die Unternehmen mit den bekannten Problemen wie Preismoratorium, Rabattverträgen und den Auswirkungen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes.

Die Pharmaindustrie in Hessen erreichte im Jahr 2022 einen **Gesamtumsatz** von **15,4 Milliarden Euro** und damit **7,8 Prozent** mehr gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Die **Verkaufspreise** stiegen im Jahresvergleich um **2,3 Prozent** an. Die Produktion wurde um **5,1 Prozent** gesteigert. Allerdings hat sich auch hier die Dynamik im Jahresverlauf deutlich abgeschwächt, auch weil die Nachfrage nach Impfstoffen zurückging.

### **Erwartungen für das laufende Jahr pessimistisch**

Die weiter angespannte Lage und die ungewissen Aussichten zeigen sich auch in der **aktuellen Konjunkturumfrage** von HessenChemie, die Anfang April durchgeführt wurde.

Für das Jahr 2023 erwarten **41 Prozent** der Unternehmen ein weiteres **Absinken der Produktion**, **37 Prozent** einen weiteren **Rückgang des Umsatzes**.

Entsprechend rechnen rund **52 Prozent** der Unternehmen mit einer **Verschlechterung ihrer Ertragssituation**. Hauptgrund dafür bleiben die im internationalen Vergleich weiter hohen Preise für Energie, Rohstoffe und Material. 67 Prozent der Unternehmen gehen in diesem Jahr von einer anhaltend hohen Kostenbelastung aus.

## Als weitere große Risiken nannten die Unternehmen

- Steigende Arbeitskosten (70 Prozent)
- Engpässe bei Personal und Fachkräften (67 Prozent)
- Unsicherheit über die politischen Rahmenbedingungen (56 Prozent)
- Zunehmende staatliche Regulierungen (52 Prozent)

Das aktuelle Jahresgutachten des Sachverständigenrats geht für das Jahr 2023 für die deutsche Gesamtwirtschaft von **einer Stagnation** aus (BIP-Wachstum plus 0,2 Prozent).

Die Lage bleibt auch für die chemisch-pharmazeutische Industrie sehr angespannt, auch wenn die zwischenzeitlich gesunkenen Energie- und Rohstoffpreise die Situation inzwischen etwas stabilisiert haben. Dennoch rechnet der VCI für dieses Jahr bundesweit mit einem weiteren **Produktionsrückgang von rund 5 Prozent** und einem **Rückgang des Branchenumsatzes um 7 Prozent**.

Für die Chemieindustrie wird entscheidend sein, wie sich die **Kostenstrukturen und Energiepreise** mittelfristig einpendeln und ob unsere Mitgliedsunternehmen auf Dauer wettbewerbsfähige Industriestrompreise bekommen. Denn die **Energiekrise** ist noch nicht überwunden und die **Energiewende** mit Unsicherheiten versehen.

Um treibhausgasneutral zu wirtschaften, brauchen wir zunehmend hohe Mengen erneuerbaren Stroms zu günstigen Preisen.

Deshalb ist es notwendig, alle Energieträger verfügbar oder zumindest noch in Reserve zu halten. Vor allem aber muss jetzt der Ausbau **erneuerbarer Energien** sowie der **Netzinfrastur** und der **Speichersysteme** massiv beschleunigt werden. In Hessen wurden im vergangenen Jahr **lediglich vier Windkraftanlagen** genehmigt. Genehmigungsprozesse dauern bei uns im Vergleich zu anderen Bundesländern über ein Jahr länger.<sup>1</sup> Das reicht bei weitem nicht und dauert zu lange!

### **Weitere Bürokratiemonster verhindern**

Während die Industrie um ihre Zukunft kämpft, reguliert die Politik auf allen Ebenen munter weiter.

Statt weiterer Bürokratie und stark steigender administrativer Aufwände für unsere Betriebe brauchen wir aber gerade jetzt mehr unternehmerische Freiheit für Investitionen und Innovationen.

---

<sup>1</sup> Fachagentur Windenergie an Land (Auswertungsstand 13.04.2023): [https://www.fachagenturwindenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Genehmigung/FA\\_Wind\\_Dauer\\_Genehmigungsv erfahren\\_Wind\\_an\\_Land.pdf](https://www.fachagenturwindenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Genehmigung/FA_Wind_Dauer_Genehmigungsv erfahren_Wind_an_Land.pdf)

Für das inzwischen **absurde Ausmaß staatlicher Regulierungsvorhaben** und die administrativen Konsequenzen für Unternehmen, möchte ich Ihnen exemplarisch nur **drei aktuelle Beispiele** nennen:

1. Die **Reform der Pflegeversicherung** droht zu einem neuen Bürokratiemonster für die Unternehmen zu werden! Arbeitgeber in Deutschland sollen verpflichtet werden, in vielen Millionen Fällen Geburtsnachweise ihrer Beschäftigten einzusammeln, um die neue kinderzahlabhängige Gestaltung der Pflegebeiträge umzusetzen. Hier sollen wieder einmal staatliche Aufgaben auf die Arbeitgeber abgewälzt werden. Wir sagen: Stoppt diesen Wahnsinn!
  
2. Seit letzter Woche liegt ein BMAS-Referentenentwurf zur **Arbeitszeiterfassung** vor. Eine minutengenaue Aufzeichnungspflicht noch am Tag der Arbeitsleistung bedeutet weiteren administrativen Aufwand für die Personalabteilungen. Kleinliche Dokumentation ist in Zeiten von Homeoffice und selbstbestimmtem Arbeiten längst überholt. Es fehlen die flexible Wochenbetrachtung bei der Höchstarbeitszeit und eine flexiblere Gestaltung der Ruhezeiten. Also dringend ändern und nachliefern!

3. Vor allem aber auch **Berichtspflichten** auf der europäischen Ebene überfordern insbesondere den Mittelstand und müssen daher kritisch überprüft werden. Zum Beispiel führt die neue EU-Richtlinie „**Corporate Sustainability Reporting Directive**“ (**CSRD**) zu neuen umfassenden Berichtspflichten für Unternehmen im Bereich Nachhaltigkeit – und das bereits ab 250 Mitarbeitern.

Statt mehr Bürokratie in allen Bereichen brauchen wir vielmehr einen starken und modern aufgestellten Wirtschaftsstandort, der unternehmerisches Handeln bestmöglich unterstützt und Innovationen entfesselt. Für Errichtung und Betrieb von Industrieanlagen – gerade im Bereich Pharma handelt es sich um **Anlagen mit geringen Umweltauswirkungen** - bedarf es eines Umdenkens:

Wir brauchen mehr Pragmatismus und nicht weitere Stoffverbote, Grenzwertverschärfungen und Dokumentationspflichten!

Unser Wirtschaftsstandort braucht außerdem: **beschleunigte Genehmigungs- und Zulassungsverfahren.**

Beispielsweise müssen die umwelt- und verfahrensrechtlichen Regelungen umfassend weiterentwickelt werden, mit dem Ziel einer schnellen Erteilung der „**Licence to Operate**“, damit uns die Transformation in Deutschland gelingt.

Wir benötigen aber vor allem auch eine **gesellschaftliche Akzeptanz** für neue Industrieanlagen. Die Produktion von Gütern in Deutschland dient dem Klimaschutz, sichert gute Arbeitsplätze und Gewerbesteuerereinnahmen und garantiert damit Wohlstand und sozialen Frieden.

Die **politische Realität** sieht leider anders aus: Auf europäischer Ebene wird zwar die IED-Richtlinie zur Genehmigung von Industrieanlagen novelliert. Auf Bundesebene werden Änderungen im Bundesimmissionsschutzgesetz und ein Energieeffizienzgesetz diskutiert. Die hier gemachten Vorschläge gehen aber in die falsche Richtung.

Der VCI hat zu allen genannten Vorhaben konkrete Vorschläge unterbreitet. Wir brauchen hier mutigere Schritte und mehr übergreifendes Denken.

Hinzu kommt das geplante **Verbot ganzer Stoffgruppen**, wie beispielsweise bei den Fluorpolymeren – und die Integration des Begriffs „Klima“ in Anlagenzulassungsverfahren.

Die Summe der Regulierungen führt am Ende zur Verlagerung von Produktion ins Ausland und zu höheren CO<sub>2</sub>-Emissionen. Das kann nicht gewollt sein!

Wir brauchen aber auch **eine Digitalisierung von Verwaltungsprozessen**: Das zentrale Hindernis für die Digitalisierung ist die Komplexität unseres föderalen Staates und die damit verbundenen zeitaufwändigen Abstimmungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsprozesse. Der Kontakt zwischen Unternehmen und Behörden sollte im Sinne des „**One-Stop-Shop**“-Prinzips gestaltet werden, sodass Anträge, Formulare und Daten nur einmal digital erfasst werden müssen. Das spart Zeit und Kosten für Unternehmen sowie für die öffentliche Hand. Nachbarländer wie zum Beispiel die Niederlande machen das heute schon vor. In einem Benchmark der EU-Kommission liegt unser Nachbarland auf Platz 5, wir auf Platz 21.

Schließlich brauchen wir **Innovationsanreize für Chemie und Pharma**.

Wer wettbewerbsfähig sein will, muss seine Forschungsergebnisse möglichst schnell zur Marktreife bringen können und diese Investitionen auch vergütet wissen.

Die Pandemie hat uns bei der Impfstoffentwicklung bereits gezeigt, dass dies mit politischem Willen auch möglich ist. Diesen Willen brauchen wir auch weiterhin. Innovationshemmnisse müssen daher dauerhaft abgebaut und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen in der **Innovationspolitik und Forschungsförderung** geschaffen werden.

Arzneimittelproduktion muss sich auch im Inland wieder lohnen. Zunehmende Liefer- und Versorgungsengpässe sind ein Alarmsignal. Die Gesundheitspolitik darf nicht erst tätig werden, wenn „das Kind in den Brunnen gefallen“ ist. Die seit 10 Jahren bestehende Initiative Gesundheitsindustrie Hessen hat sich schon seit langem mit dem Thema befasst und Verbesserungsvorschläge formuliert.

Eine weitere wesentliche Herausforderung wird jetzt **Dirk Meyer ansprechen**. Bisher waren sehr gut ausgebildete **Fachkräfte ein wichtiger Standortfaktor**. Lange Zeit konnten wir uns die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussuchen. Jetzt wird aber auch für unsere Branche die Rekrutierung immer schwieriger.

Wir haben unsere Unternehmen daher gefragt, wie sie die Situation derzeit bewerten und welche Strategien sie verfolgen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!